

Werben fürs Töten und Sterben – oder für gute Pflege?

Die Bundesregierung setzt unbeirrt auf die militärische Karte. Mit aufwändigster Werbung der Bundeswehr sollen seit Jahren schon 14/15-jährige Jungen und Mädchen für weltweite Kriegsabenteuer begeistert werden. 12,5 Mio. Euro kostete die Werbekampagne „mach was wirklich zählt“, 7,9 Mio. Euro die Onlineserie „Die Rekruten“, 6,5 Mio. Euro die Webserie „Mali“. Jens Spahn, damals noch Finanzstaatssekretär, rechtfertigte die Millionen mit der „hohen Aufmerksamkeit bei der Zielgruppe“.

Die Bundeswehr erscheint auch auf dem „Junge Pflege Kongress 2018“. Kaum vorstellbar, dass es ihr dort gelingt, für das Berufsfeld Zerbomben und Töten Menschen abzuwerben, die gute Pflege als Beruf gewählt haben. Wie wäre es aber, wenn der Kongress die Bundesregierung auffordern würde, die Millionen der Bundeswehrwerbung umzuwidmen - für die Ausbildungsoffensive der geplanten „Konzertierten Aktion Pflege“? Dort hätte das zynische Motto der Bundeswehr „mach was wirklich zählt“ endlich einen guten Sinn.



Jens Spahn: Mehr Geld fürs Militär, weniger für Soziales

Jens Spahn – der „Junge Pflege Kongress 2018“ kündigt seinen Gast als „Highlight“ an - wird für eine Umwidmungsaktion „Gute Pflege statt Aufrüstung“ nicht empfänglich sein. Sozialpolitiker ist er nicht. Im Gegenteil: „Etwas weniger die Sozialleistungen erhöhen und mal etwas mehr auf Verteidigungsausgaben schauen“, das gehört zu seinen Grundüberzeugungen. Ebenso die Verteidigung von Hartz IV: damit habe „jeder das, was er zum Leben braucht“. Und weiter: „Hartz IV bedeutet nicht Armut, sondern ist die Antwort unserer Solidargemeinschaft auf Armut.“ Solch mitleidlose soziale Kälte lässt nichts Gutes erwarten, wenn der Gesundheitsminister sich endlich auf seine Aufgaben besinnen würde – zum Beispiel mit konkreten Vorschlägen für die Antwort unserer Solidargemeinschaft auf den Pflegenotstand.

Der gelernte Bankkaufmann war früher gesundheitspolitischer Sprecher seiner Fraktion. Dabei lag sein Schwerpunkt auf der Förderung der Interessen der Pharmaindustrie. Ihr bot er als Abgeordneter mit eigener Beratungsfirma und befreundeten Lobbyisten Türöffnerdienste in die Politik an. Nun als Minister wird er die Türen für das große Geld nicht schließen. Und seine Freunde für die konservative Erneuerung der CDU fordern soeben die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Gesund ist das alles nicht.



Gute Pflege oder Aufrüstung?



Mach, was wirklich zählt!

Bochumer Friedensplenum

Gute Pflege ?

Ein junger Auszubildender in einem Pflegeberuf machte Angela Merkel im ARD-Wahlkampfstudio zunächst einmal sprachlos. Seine Fragen zum Pflegedesaaster sind inzwischen in der Politik angekommen. Doch der neue Gesundheitsminister kümmert sich vorerst mehr um sein Image als konservativer Hardliner als um die Herausforderungen seines Amtes.

Die allermeisten Beschäftigten in den Pflegeberufen arbeiten mit der tiefen inneren Motivation zu helfen. Zu oft bricht ihr hoher Anspruch an der Wirklichkeit, die gute Pflege verhindert. Die Arbeitsverdichtung steigt dramatisch, die Qualität der Versorgung sinkt, kaum Zeit für menschliche Zuwendung. Denn aktuell fehlen mindestens 100.000 Pflegekräfte.

Die überlasteten Pflegekräfte werden überdurchschnittlich häufig krank (24 Tage jährlich) oder arbeiten aus Verantwortungsbewusstsein krank weiter. Unter dem übergroßen täglichen Arbeitsdruck leidet die Qualität der praktischen Ausbildung des Pflegenachwuchses. Das Lohnniveau in Pflegeberufen ist vergleichsweise niedrig, in manchen Bereichen beschämend gering: Fachkräfte der Altenpflege erhalten durchschnittlich 600 Euro bzw. 20 % weniger als in der Krankenpflege. Grund dafür ist das Profitdenken vornehmlich der privaten Anbieter, das sich gerechten Tariflöhnen verweigert. Die Bundesregierung sieht das Problem, sagt aber nicht, wie sie zu allgemein verbindlichen Tarifverträgen im Pflegebereich kommen will, die privaten Profit schmälern würden.

Mindestens 100.000 zusätzliche Pflegekräfte würden jährlich 5 Milliarden Euro kosten. Vorerst denkt die Regierungskoalition nur an 8000 neue Fachkräfte für die medizinische Behandlungshilfe: rechnerisch sind das für jede der dort 13.000 Einrichtungen nur 0,6 Stellen. Eine „Konzertierte Aktion Pflege“ soll eine Ausbildungs-offensive starten. Die Regierung schweigt, woher das Geld für diese dringenden Aufgaben kommen soll.

Mehr Geld für Kriegs- oder Gesundheitsdienste?

Vorgesehen sind: 30 Mrd. Euro p.a. zusätzlich für die Aufrüstung gemäß NATO-Vorgaben (2% von BIP)

u.a. um für „weltweite Verantwortung“ verstärkt Auslandseinsätze vornehmen zu können.



Nicht vorgesehen sind: 5 Mrd. Euro p.a. zusätzlich für bedarfsgerechte Pflege und angemessene Bezahlung

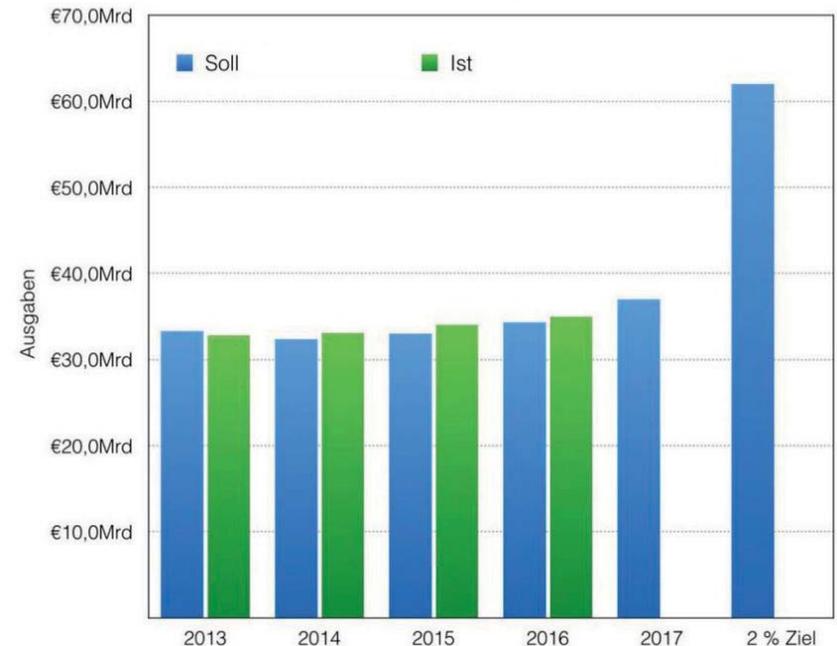
In Krankenhäusern, Pflegeheimen und ambulant sind 1.1 Millionen Menschen beschäftigt, zumeist schlecht bezahlt und völlig überlastet. Aktuell fehlen mindestens 100.000 Pflegekräfte. In einigen Jahren könnten sogar mindestens 200.000 zusätzlich gebraucht werden.



.... oder Verdoppelung der Rüstungsausgaben ?

Weit konkreter plant die Bundesregierung, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln – auf 2 Prozent der gesamten deutschen Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt). So wurde es in der Nato vereinbart. USA und Nato steigern unermüdlich ihren Druck, dass Deutschland dieses Ziel spätestens 2024 erreicht.

Bundeswehrhaushalt 2013 -2017



2 Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden, die im zivilen Bereich fehlen, auch gerade bei Gesundheit und Pflege. Deshalb haben Prominente aus Wissenschaft, Gewerkschaften, Kultur und Politik die Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“ auf den Weg gebracht. Viele haben ihren Aufruf inzwischen mitunterzeichnet. Die Kampagne stellt sich gegen die These einer angeblich „wachsenden weltweiten deutschen Verantwortung zu militärischen Interventionen“. Ihre Antwort: „Militär löst keine Probleme. Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen.“

